

Beschluss Demokratie wehrhaft verteidigen - grüne Innenpolitik in Zeiten des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

995 Die Suche nach Sicherheit in Krisenzeiten ist ein Leitmotiv von Menschen.
996 Sicherheit zu jeder Zeit zu garantieren, ist die Aufgabe handlungsfähiger
997 Politik. Die Krisen unserer Zeit bedrohen selbst zentrale Fundamente, auf die
998 wir uns als Gesellschaft nach den Erfahrungen von Krieg, Leid und Tod nach der
999 Shoa geeinigt
1000 haben. Der Angriffskrieg auf die Ukraine und nun der Terror der Hamas gehen auch
1001 an
1002 Niedersachsen nicht vorbei. Der Angriff auf unsere liberale Demokratie von
1003 rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Seite und eine massive Welle
1004 antisemitischer Übergriffe sind auch in Niedersachsen verstärkt festzustellen.
1005 Es braucht darum mehr denn je eine Innenpolitik mit klarem grünem Kompass, um
1006 auf die Krisen unserer Zeit angemessen zu reagieren und das Vertrauen in unsere
1007 Demokratie zu stärken - mit gestaltungsfähiger und gestaltungswilliger Politik.

1008 Unsere liberale Demokratie ist eine historische Errungenschaft, die uns wehrhaft
1009 vor den Feind*innen der demokratischen Ordnung schützt, die auf der Würde aller
1010 Menschen gründet und deshalb auch, und gerade in Krisen, alle Menschen mitdenkt.
1011 Unsere Überzeugungen von Liberalität, Zukunftssicherheit,
1012 Menschenwürde und demokratischer Wehrhaftigkeit basieren auf einem
1013 Grundgesetz, das uns nicht nur verpflichtet, Sicherheit zu organisieren, sondern
1014 das uns hierbei auch konkret leitet. Unmissverständlich hat das
1015 Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum II. NPD Verbotsverfahren
1016 festgestellt, dass unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ihren
1017 Ausgangspunkt in der Würde des Menschen findet (Art. 1 Abs. 1 GG), die zu achten
1018 und zu verteidigen Kern aller Politik sein muss.

1019 Wir werden in Niedersachsen die weltpolitische Lage nur sehr bedingt
1020 entscheiden. Alle globalen Krisen zur Aufgabe der politischen Aushandlung zu
1021 machen, wäre für die Menschen im Land, aber auch für die Politik
1022 unverhältnismäßig. Deshalb
1023 wollen wir uns auf das konzentrieren, was wir an verantwortungsvoller
1024 Innenpolitik für unser Bundesland gestalten können - für die, die hier leben
1025 und die, die noch zu uns kommen. Es ist unsere Aufgabe, auf den
1026 gesellschaftlichen
1027 Wandel mit weltoffener Perspektive zuzugehen. Mit einer wehrhaften, auf der
1028 Würde
1029 des Menschen basierenden Politik, die Sicherheit in Zeiten des Wandels
1030 schafft und dabei niemanden zurücklässt.

1031 Schutz vor Demokratiefeindlichkeit – für eine offene Gesellschaft!

1032 Die größte Bedrohung für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus. Dabei
1033 beobachten wir seit vielen Jahren eine Entgrenzung: demokratiegefährdende,
1034 verfassungsfeindliche Einstellungen sind in Teilen der Gesellschaft verbreitet
1035 und

1036 kein Phänomen eines definierbaren Randmilieus. Doch längst verharren extrem
1037 rechte Einstellungen nicht mehr in der Passivität des eigenen Milieus, sondern
1038 organisieren und artikulieren sich immer sichtbarer. Reichsbürger*innen,
1039 völkische
1040 Siedler*innen, Querdenker*innen, die AfD – der Rechtsextremismus hat auch in
1041 Niedersachsen ein breites organisatorisches und eng vernetztes Fundament bis
1042 hinein in den niedersächsischen Landtag. Von den Parlamenten aus organisiert der
1043 Rechtsextremismus seinen Angriff auf die Demokratie. Dabei zielt rechte
1044 Ideologie bewusst auf das Zerstören von Vertrauen in Sicherheit: Während
1045 rechtsextremer Terror und rechtsextreme Netzwerke die Institutionen der
1046 Demokratie anzugreifen versuchen, bedrohen Rassismus und Menschenfeindlichkeit
1047 Menschen in ihrem Alltag und versucht der mandatierte Rechtsextremismus bei
1048 jeder Gelegenheit, das Unsicherheitsgefühl der
1049 Menschen zu adressieren.

1050 Deshalb werden wir auf allen Ebenen Demokratie wehrhaft verteidigen. Dabei geht
1051 es immer um ein Zusammenspiel von Politik, Zivilgesellschaft und
1052 Sicherheitsbehörden. Um wirksam gegen rechtsextreme Ideologien vorzugehen,
1053 stärken wir zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtspopulismus und
1054 Rechtsextremismus, den Kampf gegen Antisemitismus, wir stärken politische
1055 Bildung, die Arbeit der Gedenkstätten und wir stellen Niedersachsen
1056 rassismuskritisch auf. Dafür ist ein Landesdemokratiefördergesetz ebenso wie ein
1057 Landesantidiskriminierungsgesetz unabdingbar, für die wir uns als GRÜNE
1058 einsetzen und bereits eingesetzt haben.

1059 Ein großer Erfolg ist deshalb, dass sich Rot-Grün nun verbindlich auf den Weg
1060 macht, mit einem Landesdemokratiefördergesetz unsere Bildungsträger und die
1061 zivilgesellschaftlichen Strukturen im steten Ringen um die Demokratie auf eine
1062 verbindliche und verlässliche Grundlage zu stellen. Ein solches
1063 niedersächsisches Demokratiefördergesetz ist ein wichtiges Instrument und Signal
1064 zugleich, dass uns die von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes in Auftrag
1065 gegebene wehrhafte Verteidigung unserer Demokratie zentrales Anliegen ist.

1066 Die niedersächsische Polizei als Partnerin im Kampf für die Demokratie

1067 Wir begreifen Polizei und Sicherheitsbehörden als Partnerinnen im Einsatz gegen
1068 die in erster Linie rechtsextreme Bedrohung unserer Demokratie, aber auch
1069 gegen den alle menschenfeindlichen Ideologien verbindenden Antisemitismus. Dies
1070 zeigt sich auch und gerade in den letzten Wochen, in der die niedersächsische
1071 Polizei mit komplexen Versammlungslagen im Zusammenhang mit dem Terror der Hamas
1072 und dem Schutz jüdischen Lebens besonders gefordert ist. Hierfür gilt der
1073 Polizei Niedersachsen unser ausdrücklicher Dank. Wir begrüßen daher nicht nur
1074 zahlreiche auf den Weg gebrachte Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung
1075 von Schutz und Ausstattung der Polizei - etwa die Anhebung der Polizeizulage
1076 oder Investitionen in Ausstattung und Liegenschaften.

1077 Wir werben zugleich dafür, ein wechselseitiges Vertrauen zwischen Polizei
1078 und Zivilgesellschaft zu stärken und die guten Ansätze zur Förderung
1079 demokratischer Resilienz und Wehrhaftigkeit, aber auch die Kooperation mit der
1080 Zivilgesellschaft innerhalb der Polizei zu unterstützen. Dabei kann die
1081 niedersächsische Polizei an eine nachhaltige, strukturelle Bildungsoffensive zum
1082 Demokratieverständnis innerhalb der Polizei anknüpfen, die bundesweit einmalig
1083 ist. Es ist ein großartiges Signal, dass das Projekt "Polizeischutz für die

1084 Demokratie“ der Polizeiakademie Niedersachsen inzwischen auch in andere grün
1085 mitregierte Bundesländer exportiert wird.

1086 Zugleich erkennen wir an, dass das Verhältnis von Polizei, Sicherheitsbehörden
1087 und Gesellschaft im Einsatz gegen demokratiefeindliche Angriffe einerseits der
1088 ständigen gegenseitigen Rückversicherung bedarf und andererseits die
1089 gesellschaftlichen Anforderungen speziell an die Polizei als Repräsentantin des
1090 staatlichen Gewaltmonopols von besonderer Sensibilität sind. Das Vertrauen in
1091 die demokratischen Institutionen ist in den letzten Jahren gesunken. Das
1092 gesunkene Vertrauen in einen funktionierenden Staat trägt zur Ablehnung von
1093 demokratischen Grundsätzen und damit auch zur Ablehnung des staatlichen
1094 Gewaltmonopols bei. Unsere Beamt*innen erleben das in ihrer täglichen Arbeit
1095 durch Hass und Gewaltandrohungen. Wir verurteilen diese Angriffe auf das
1096 Schärfste und arbeiten als rot-grüne Koalition politisch mit Hochdruck daran,
1097 hier mit einem breiten Ansatz entschieden gegenzusteuern.

1098
1099 Zudem wollen wir in unserem gemeinsamen Einsatz gegen jegliche
1100 Demokratiefeindlichkeit, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus für eine
1101 „Vertrauensoffensive“ zur Stärkung unserer Polizei und unserer Demokratie
1102 werben.

1103 Das bedeutet für uns, dass es zukünftig eine parlamentarisch bestellte
1104 Bürger*innenbeauftragte auf Landesebene braucht, die das partnerschaftliche
1105 Verhältnis zwischen Bürger*innenschaft, Verwaltung und Polizei stärkt. Diese
1106 Position soll eine starke interne und externe Wirkung entfalten. Sie soll in
1107 ihrer externen Wirkung das Vertrauen der Menschen in Niedersachsen auf
1108 Transparenz, auf Schutz und auf
1109 die individuelle Wahrung ihrer Rechte erhöhen. In ihrer internen Wirkung soll
1110 sie den Mitarbeitenden in der Verwaltung und in der Polizei den Raum geben,
1111 Aufmerksamkeit und Gehör zu erhalten. Das schafft nicht nur Vertrauen und Schutz
1112 für alle
1113 Beteiligten. Sondern hilft, das zeigen die Erfahrungen aus vielen anderen
1114 Bundesländern, über kommunikatives Konfliktmanagement auch Vertrauen in
1115 Handlungen und Verfahren zu stärken.

1116 Wir setzen uns weiterhin für eine wissenschaftlich begleitete und zu
1117 evaluierende, anonymisierte Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen
1118 ein. Die zweifelsfreie Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns ist ein
1119 zentrales Gut in einer auf Gewaltenteilung basierenden Demokratie. Eine
1120 Kennzeichnung ist daher im Interesse aller Beteiligten, um Konfliktsituationen
1121 rekonstruieren und einschätzen zu können. Gleichzeitig erkennen wir auch das
1122 individuelle Schutzbedürfnis der privaten Lebensführung unserer
1123 niedersächsischen Polizeivollzugsbeamt*innen an. Daher fordern wir ergänzend und
1124 in Kombination zur Kennzeichnungspflicht die Möglichkeit einer Auskunftssperre
1125 (Einwohnermeldeämter, Zulassungsstellen), um auch diesen schutzwürdigen
1126 Interessen der mitarbeitenden in der niedersächsischen Polizei Rechnung zu
1127 tragen. Eine Debatte, die wir gern öffnen sollten für alle Menschen, die sich
1128 unter hohem persönlichen Einsatz und Risiko gegen rechte Menschenfeinde
1129 engagieren.

1130 Es steht für uns als Grüne außer Frage, dass die niedersächsische Polizei seit
1131 den wegweisenden rot-grünen Reformen der neunziger Jahre als Bürger*innenpolizei
1132 auf einem bundesweit ausstrahlenden guten Weg ist, den wir politisch weiter

1133 unterstützen und gleichzeitig den heutigen hohen Ansprüchen an polizeiliche
1134 Ausbildung einerseits und an polizeiliches Handeln andererseits gerecht werden
1135 müssen. Wir wollen Polizei und Sicherheitsbehörden beständig darin
1136 unterstützen, den aktuellen rassistischen, menschenfeindlichen und
1137 antisemitischen Entgrenzungen jederzeit auf Augenhöhe aktuellster
1138 wissenschaftlicher Expertise begegnen zu können. Zugleich bekennen wir uns zu
1139 einer modernen, digital ausgerüsteten und im bundesweiten Vergleich gut
1140 ausgestatteten sowie wettbewerbsfähigen Polizei. Zu einer Polizei, die
1141 integraler Bestandteil eines pluralen und offenen
1142 Niedersachsens ist. Hier sind wir als rot-grüne Koalition mit der Stärkung von
1143 Demokratiepate:innen in der Polizei auf der einen und einer deutlichen Anhebung
1144 der Polizeizulage auf der anderen Seite auf einem sehr guten Weg.

1145 Wir stellen uns unmissverständlich und offensiv an die Seite des Oldenburger
1146 Polizeipräsidenten Johann Kühme, die niedersächsische Polizeiführung und des
1147 Verfassungsschutzes, die in ihren Positionierungen gegenüber der AfD die
1148 Verteidigung der Werte des Grundgesetzes klar den Vorzug geben vor einer
1149 falschen Neutralität gegenüber Feind*innen unserer Verfassung. Und wir stellen
1150 uns ebenso unmissverständlich und offensiv an die Seite all jener
1151 Demokratiepate*innen, die innerhalb der Organisation Polizei die Demokratie
1152 stärken. Wir stellen uns an die Seite aller Polizist*innen, die Tag für Tag als
1153 direkte Ansprechpartner*innen vor Ort unsere wehrhafte Demokratie verteidigen
1154 und repräsentieren.

1155 Gemeinsam gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

1156 Als Bündnisgrüne ist uns die historische Verantwortung der Bundesrepublik und
1157 des Landes Niedersachsen für den Schutz jüdischen Lebens in unserem Bundesland
1158 eine zutiefst verankerte Verpflichtung. Umso mehr erschüttert uns der Angriff
1159 der Terrororganisation Hamas auf die israelische Bevölkerung und der Versuch,
1160 die Menschen im Gazastreifen zu Geiseln in einem barbarischen Krieg zu machen.
1161 Die Auswirkungen für die Zivilbevölkerung sind dramatisch. Humanitäre Hilfe ist
1162 dringend notwendig.
1163 Mit nicht minder großer Erschütterung nehmen wir wahr, wie sehr sich der Terror
1164 der Hamas auch hierzulande in antisemitischem Hass äußert. Wir verurteilen jede
1165 Form von Antisemitismus, der zum Kern aller menschenfeindlichen Ideologien
1166 gehört.

1167 “Der Antisemitismus”, so Theodor W. Adorno in Minima Moralia, “ist das Gerücht
1168 über die Juden.“ Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Minimaldefinition
1169 ergibt sich der Auftrag, Initiativen im Kampf gegen den Antisemitismus ebenso
1170 weiter zu stärken, wie die Förderung von Bildungsarbeit gegen Antisemitismus
1171 weiter auszubauen. Das bedeutet auch, dass wir das wichtige Amt des
1172 Niedersächsischer Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz
1173 jüdischen Lebens weiter stärken müssen. War Niedersachsen 2019 das erste
1174 deutsche Bundesland, das einen Landesbeauftragten bestellt hat und diesen
1175 seither mit Sachmitteln und Personal unterstützt, sind wir der Meinung, dass aus
1176 dem Ehrenamt mittelfristig ein - weiterhin unabhängig geführtes - Hauptamt
1177 werden sollte.

1178 Der Angriff der Hamas und die sich weltweit entladende, ungehemmte Wut auf
1179 Jüdinnen und Juden, erfasst selbst junge Menschen weit weg vom Kriegsgeschehen.
1180 Dies zeigt uns, wie notwendig es ist, im Alltag und in der Schule über

1181 Antisemitismus aufzuklären und das Existenzrecht Israels gegen jede
1182 Relativierung ins Zentrum politischer Bildung zu stellen. Ausdrücklich
1183 unterstützen wir die die Fortführung und Stärkung der Maßnahmen zur
1184 Antisemitismusprävention, die zügige Bereitstellung von Material zum Themenfeld
1185 Antisemitismus für Schulen über das Bildungsportal Niedersachsen, ebenso die
1186 Vorgabe an Staatsanwaltschaften, dass Verfahren wegen antisemitischer Straftaten
1187 grundsätzlich nicht mehr wegen Geringfügigkeit oder gegen Geldauflage
1188 eingestellt werden sollen. Damit wird eine wichtige Forderung des rot-grünen
1189 Koalitionsvertrages umgesetzt.

1190 Mit großer Sorge stellen wir nicht zuletzt fest, dass die Welle antisemitischer
1191 Äußerungen, Aufmärsche und Übergriffe politisch dafür genutzt wird, um
1192 Ressentiments gegen Muslim*innen zu schüren und so zu tun, als sei der
1193 Antisemitismus immer nur der "Antisemitismus der anderen". Im Wissen um
1194 verbreitete antisemitische Einstellungsmuster in der bundesrepublikanischen
1195 Gesamtbevölkerung stellen wir uns entschieden gegen jegliche qualitative
1196 Unterscheidung von Antisemitismus. In Zeiten, in denen selbst höchste Vertreter
1197 der bayrischen Staatsregierung antisemitische Relativierungen zum eigenen
1198 Vorteil zu nutzen versuchen, verwahren wir uns deutlich gegen den historisch
1199 falschen Versuch, Antisemitismus einseitig als Problem einer
1200 Einwanderungsgesellschaft zu begreifen. Gleichzeitig erwarten wir eine klare
1201 Abgrenzung aller muslimischer Verbände von den Gräueltaten der Hamas, wie sie
1202 vielerorts bereits geschehen ist.

1203 Wir begrüßen daher ausdrücklich das versöhnende Engagement des Landesverbands
1204 der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und der palästinensischen Gemeinde
1205 Hannover als Vorbild für das friedliche Zusammenleben aller Menschen.

1206 Wir müssen über ein Parteiverbotsverfahren sprechen

1207 Die Entscheidung über ein Parteiverbot obliegt vorbehaltlich eines
1208 einzuleitenden Parteiverbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht. Das
1209 zugehörige Verfahren folgt den Regelungen des Grundgesetzes. Nach Art. 21 Abs. 2
1210 Grundgesetz (GG) sind dann Parteien verfassungswidrig, wenn sie nach ihren
1211 Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche
1212 demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den
1213 Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Im II. NPD-Verbotsverfahren
1214 hat das Bundesverfassungsgericht konkretisiert, was unter freiheitlich-
1215 demokratischer Grundordnung gemeint ist: Demnach findet die freiheitliche
1216 demokratische Grundordnung ihren Ausgang in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs.
1217 1 GG). Auf rassistische Diskriminierung zielende Konzepte sind damit nicht
1218 vereinbar, so das Bundesverfassungsgericht in seinem Richterspruch aus dem Jahr
1219 2017. Damit liegt auf der Hand, dass alle demokratischen Parteien prüfen müssen,
1220 ob sie ein solches Verbotsverfahren in Gang gesetzt wird. Denn antragsberechtigt
1221 sind, neben der Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat. Die politische
1222 Debatte dazu ist in vollem Gange und ausweislich des Karlsruher Richterspruchs
1223 und der Gestalt der AfD führen wir als Grüne diese Debatte zielorientiert mit
1224 der gebotenen Sachlichkeit, Genauigkeit und Dringlichkeit.

1225 Vor diesem Hintergrund bitten wir den Parteirat, in Abstimmung mit der grünen
1226 Rechtsextremismuskommission im Bund, die Debatte über die Frage der Einleitung
1227 eines AfD-Verbotsverfahrens aufzugreifen und in Abstimmung mit anderen grünen
1228 Landesverbänden mögliche Konsequenzen zu diskutieren.

Begründung

Gemeinsam mit Michael Lühmann, MdL und innenpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, möchten wir für eine Sicherheit des einzelnen Menschen in unserem Bundesland eintreten.

Die Scheindebatten der letzten Wochen entblößen das Scheitern konservativer Flucht, Migrations- und Sicherheitspolitik. Mit wirkungslosen Vorschlägen ist keiner Kommune und keinem gefährdeten Menschen geholfen. Stattdessen setzen wir uns für praktische und realistische Antworten ein.

Rechtsextreme nutzen Stimmungen in der Gesellschaft aus, um Hass und Hetze tiefer einsickern zu lassen. Im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit müssen wir Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden stärken.

Es ist unsere Aufgabe, dem gesellschaftlichen Wandel eine weltoffene Perspektive zu geben. Die einer wehrhaften, auf der Würde des Menschen basierenden Politik, die Sicherheit in Zeiten des Wandels organisiert.

Und dabei niemanden zurück lässt.

Unterstützer*innen

Michael Lühmann (KV Göttingen); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Susanne Stobbe (KV Göttingen); Pippa Schneider (KV Göttingen); Dirk-Claas Ulrich (KV Göttingen); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Nils Pagels (KV Göttingen); Marie Kollenrott (KV Göttingen); Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Julian Meinders (KV Leer/Ostfriesland); Marcus Stieger (KV Leer/Ostfriesland); Chuck Nießit (KV Leer/Ostfriesland); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Luca Theresa Wirkus (LV Grüne Jugend NdS); Elsa Crowther (KV Göttingen); Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Nienke Cornelia Roza (LV Grüne Jugend NdS); Philipp Tengler (KV Leer/Ostfriesland); Christian Meyer (KV Holzminden); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Ghalia El Boustami (KV Wolfenbüttel); Monica Manon Sandhas (KV Hannover); Hendrik Weking (KV Braunschweig)